



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

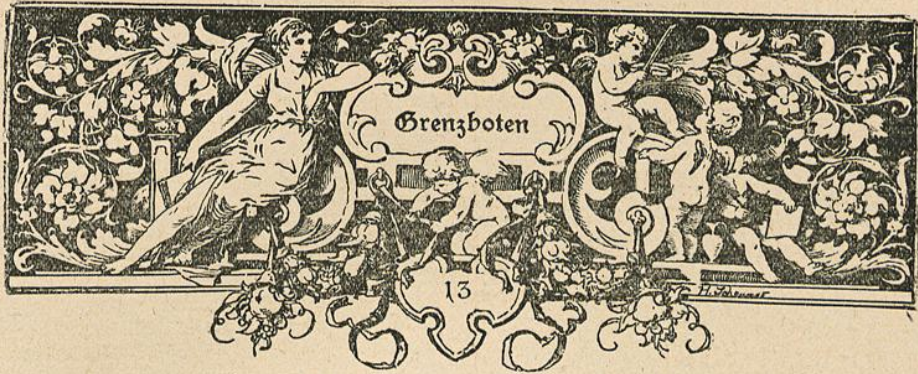
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wozu brauchen wir die deutschen Volksräte? : nach einer Rede gehalten  
anlässlich der Gründung eines Volksrates zu Nakel am 1. Februar 1919

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Wozu brauchen wir die deutschen Volksräte?

Nach einer Rede des Geheimen Regierungsrats Georg Kleinow, gehalten anlässlich der Gründung eines Volksrates zu Naefel am 1. Februar 1919

Meine hochverehrten Damen und Herren!

Der Wahlkampf ist vorüber. Sie haben zweimal Gelegenheit gehabt, derjenigen Partei, die Ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten soll, Ihren Stimmzettel zu geben und Männer in die Nationalversammlung und in die preußische konstituierende Versammlung zu entsenden, von denen Sie glauben, daß sie Ihren Wünschen für die Weitergestaltung des verfassungsmäßigen Lebens am besten Rechnung tragen würden. Durch Ihre Wahl haben Sie bereits Bausteine für die Neugestaltung des Reichsbaues ebenso wie für die Neugestaltung des Preußenstaates zusammengetragen. Wenigstens die formellen Grundlagen sind neu begründet durch den Ausfall Ihrer Wahlen. Ich bitte nun heute, lassen Sie den Gedanken an die Parteien, denen Sie angehören, lassen Sie den Gedanken an Ihre Wirtschaftsinteressen und an Ihre privaten Liebhabereien auf kulturellem Gebiet einmal zurücktreten vor dem einen großen sie alle miteinander verbindenden Gedanken, vor dem deutschen Gedanken, vor Ihrer Zusammengehörigkeit zum großen deutschen, jetzt ach so tief niedergeschmetterten, so schwer geprüften deutschen Volke. Wir alle, Männer, die wir den Krieg mitgemacht haben (und mancher von uns hat  $4\frac{1}{2}$  Jahre und länger draußen zugebracht), haben sicher eine andere Rückkehr in die Heimat und einen andern Empfang in ihr erwartet, als er uns zuteil geworden ist. Und gerade wir Posener und Ostmarkenleute, wir haben geglaubt, daß wir nach dem Kriege hier in Frieden mit unseren polnischen Landsleuten leben würden, die bis zu einem gewissen Zeitpunkte mit uns auf allen Kriegsschauplätzen brüderlich und tapfer gegen die Welt der Feinde gekämpft haben. Ein grausames Geschick hat es anders gewollt. Wir sind heimgekehrt als eine arme, geschlagene, niedergebeugte Armee. Wenn man die Leiden hört, die unsere Kameraden jetzt auf ihrem Rückzuge durch Rußland erleben, wenn man hört, welche Ungeheuerlichkeiten auf dem Rückzuge einzelner Divisionen durch Belgien und durch Luxemburg vorgekommen sind, so gibt es nur noch einen Vergleich: das graufige Bild des Rückzuges der großen Armee Napoleons, die vor hundert Jahren den Weg von Moskau wieder in die Heimat zurückgefunden hat, jene Armee, die auch zu ihrem größten Teil aus deutschen Soldaten bestand, die damals dem fremden Herrscher dienten. In solcher tiefen Not packt uns der meuchlerische Angriff, den unsere Landsleute hier, die Polen, gegen uns angezettelt haben,

um so schärfer an. Im Augenblick unserer Schwäche versuchen sie nicht anders wie die uns feindlichsten der feindlichen Völker, langgehegte Träume zu verwirklichen auf unsere Kosten und uns zu treten und uns das Letzte zu nehmen, das wir besitzen, unser Deutschtum, unsern deutschen Heimatboden.

Solche furchtbare Prüfung, kann ein Volk nur überwinden, wenn es sich zur Gemeinsamkeit im Volkstum bekennt. Es ist eine Verirrung, heute internationalen Verbindungen und Verheißungen nachzujagen. Es ist ein Trugbild, eine Fata morgana, das den Arbeitern seit Jahrzehnten vorge spiegelt wird, daß es eine Solidarität der Arbeiter über die ganze Welt gäbe, die über die Nationalität hinaus Bestand haben könnte. Die Solidarität hört auf in dem Augenblick, wo der Stärkere sich bewußt ist, daß er den Schwächeren von der Futterkrippe fortschieben kann. Die deutschen Arbeiter hier in der Provinz Posen werden es mir bezeugen, daß ich die Wahrheit spreche, wenn ich hier mitteile, was ihnen in den letzten Wochen vor Neujahr von ihren polnischen Arbeitsgenossen gesagt worden ist. Wartet mal, hieß es, wenn wir Polen hier erst herrschen, dann fliegt ihr hinaus, von der Eisenbahn, aus den Fabriken, die hier auf dem polnischen Boden stehen. Wir, die Polen, werden eure Stellungen einnehmen. Die einzigen, die von internationaler Verbrüderung etwas haben könnten, das sind wir, die Geistesarbeiter, die in ihren Studierstuben sitzen, sich Sprach- und Geschichts- und Literaturkenntnisse über alle Völker der Welt anzueignen vermögen und die deshalb befähigt sind über gewisse allmenschliche Gedanken mit der ganzen Welt zu verhandeln. Es gibt Dinge, die dem Rakeler Einwohner ebenso auf der Seele brennen, wie demjenigen von Timbaktu oder Krassnojarsk. Aber wir können sie nur so lange schieblich und friedlich behandeln, als wir auf dem Boden der Theorie bleiben. Wo es gilt Theorien in die Praxis des Lebens zu überführen, treten unvermeidlich Reibungen ein und wo erst Reibungen auftreten, wo die Konkurrenz zwischen den Völkern in irgend einer Form einsetzt, da gilt keine internationale Verbrüderung, da gilt kein überweltliches Streben einzelner Philantropen, sondern da gilt einzig das Wort: „Der Kräftige, der Starke siegt und der Schwache unterliegt.“ Wie das im großen oder im kleinen ist, wie es schon anfängt in der Tierwelt, wo das Starke das Kleine unterdrückt, so ist es bei uns Menschen in der Provinz, in den Städten, in den Ortschaften, überall. Blut gehört zu Blut und Blut muß sich mit Blut verteidigen. Darüber hilft uns kein Philosophieren und kein Doktrinieren hinweg. Wenn ich Ihnen dieses ins Gedächtnis rufe, so bin ich mir wohl bewußt, daß Sie die Wahrheit meiner Worte eben am eigenen Leibe erlebt haben, da Sie alle den Versuch erleben, daß die Polen sich zu Herrschern über das Land machen wollen. Zu Herrschern machen heißt aber die wirtschaftlichen und die kulturellen Güter nach eigenem Ermessen verteilen und den Unterworfenen zu zwingen, nicht das zu tun, was ihm in erster Linie frommt, sondern das zu tun, was der herrschenden Klasse, der herrschenden Nationalität vor allen Dingen nützlich ist. Aus unsrer Not gibt es nur einen Ausweg: Vergessen wir, daß wir uns in Klassen befinden, vergessen wir, daß aus der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung sich eine Fülle von Gruppen mit Sonderinteressen gebildet hat. Lassen wir den Kastengeist, lassen wir dieses Zusammenstecken der Köpfe von einzelnen Erwerbsklassen beiseite und fühlen wir uns endlich einmal als ein Volk, als das deutsche Volk, das bedrohte Volk, dem seine Daseinsberechtigung hier in der Ostmark streitig gemacht werden soll.

Ich habe hier schon vor etwa 14 Tagen die Ehre gehabt, vor einer Anzahl von Ihnen zu sprechen. Da habe ich die Frage aufgeworfen, wie es möglich gewesen ist, daß auf die gewaltigen Leistungen unseres Volkes daheim

von den Frauen, draußen von den Männern ein solcher Zusammenbruch folgen konnte. Er ist erfolgt, nicht weil wir zusammengefaßt schwächer waren, wie die Gegner, sondern einzig deshalb, weil wir zersplittert und unter uns uneinig waren, weil wir zu sehr kleinen Einzelinteressen nachgingen und weil wir es nicht fertig gebracht haben, rechtzeitig eine allgemeine Organisation zu schaffen, die den Arbeiter ebenso umfaßte wie den Edelmann auf dem großen Gute, wie den Bankier, den Mühlenbesitzer, Kaufmann und Doktor, Beamten und Angestellten, mit einem Wort, weil wir nicht rechtzeitig eine Volksorganisation zustande bringen konnten. Wir kannten uns nicht, wir hatten nirgends eine Stelle, wo wir uns einander nähern und wo wir einander kennen lernen konnten. Das fehlte uns und weil es uns fehlte, haben die Polen den großen Vorsprung vor uns gewonnen, die seit einem halben Jahrhundert daran gearbeitet haben, sich eine Volksorganisation zu schaffen. Die Arbeit der Polen ist so bewunderungswürdig, daß wir darauf nur mit Hochachtung, wenn auch nicht ohne Neid, blicken können und müssen und daß wir diese Arbeit, die sie für ihr Volkstum geleistet haben, nachbilden müssen. Für uns, meine Damen und Herren! Es war uns sehr leicht gemacht, auf eine eigene große Volksorganisation zu verzichten! Wir hatten ja die ausgezeichneten Verwaltungsorganisationen, die Bürokratie, über die jeder von uns gelegentlich geschimpft hat, diese Bürokratie, die technisch an der Spitze aller ähnlichen Einrichtungen der Welt marschierte. Wie war es doch früher bequem für den Gewerbetreibenden, den Kaufmann, den Besitzer, den Bauern. Da ging man zu seinem Landrat oder zu seinem Distriktskommissar, zum Bürgermeister, oder, wer bessere Beziehungen hatte, zum Regierungs- oder Oberpräsidenten und da wurde die Sache hübsch besprochen. Manchmal, meistens sogar ging das furchtbar schnell, wenn man die nötigen Beziehungen hatte. So wurden die Dinge unter Ausschluß der Öffentlichkeit sowohl für wie gegen das Interesse der Allgemeinheit betrieben. Die Deutschen führen wirtschaftlich gut. Die Polen führen auch gut. Manchmal kam einer besser weg, dann wurde von den anderen geschimpft. Aber, meine Damen und Herren, es wurde nicht etwa laut geschimpft, es wurde die Faust in der Tasche geballt und niemand wagte mit seiner Meinung hervorzutreten, sondern nörgelte an den Stammtischen herum. Warum, weil es einen wirtschaftlich schädigen konnte, wenn er gegen die Verwaltung oder gegen die mächtigen Männer redete. Die einzige Partei oder der einzige Stand, der aus dieser Situation ganz folgerichtig, aber natürlich auch ganz egoistisch die Konsequenzen gezogen hat, war der deutsche Arbeiterstand: in seinen gewerkschaftlichen Organisationen, sowohl in den christlichen, wie in den sozialdemokratischen freien Organisationen hat der deutsche Arbeiter sich das Organ geschaffen, das gegen die Bürokratie, gegen die anderen herrschenden Schichten die Interessen des Arbeiterstandes unter allen Umständen vertrat. Das Bürgertum in seiner Zersplitterung, das Beamtentum mit seiner nach chinesischer Manier abgestuften Rangordnung, mit Pfauenfedern und Zöpfen, die man nur nicht sah, sie waren in sich uneins und zersplittert. Alle Bewegungen, die zu einer Organisation, d. h. zu einer Überwindung der Zersplitterung führen konnten, wurden discreditiert und verfolgt, weil weder die hinter den Kulissen stehenden Beherrscher der Situation, noch die Bürokratie ein Interesse daran hatte, eine volle Einigkeit des Volkes zustande kommen zu lassen. Es ist das der größte und schwerste Fehler der alten Regierung gewesen, daß sie aus den Trieben zum Zusammenschluß nicht den Nutzen gezogen hat, indem sie dem demokratischen Zusammenschluß des Volkes besonders in der Selbstverwaltung Vorschub leistete und half, daß er

sich entwickelte, sondern sich ihm widersetzte. Wir haben ja eine Selbstverwaltung gehabt und unsere großen städtischen Selbstverwaltungen waren mustergültig. Aber die Provinz, die kleinen Städte und die gewaltigen Vororte der Groß- und Mittelstädte, mit anderen Worten, die großen Massen des Volkes kamen in der Selbstverwaltung zu kurz. Sie mußten andere Organe haben, um sich mit ihren Interessen durchzusetzen. Und weil dieser Mangel an Organisation vorhanden war in dem großen Augenblick des 9. November 1918, als die Armee hinten zusammenbrach, als die feindlichen Mächte im Einverständnis mit unsern Linkssozialisten daran gingen, unsere Armee zu zertrümmern, darum fehlte der Regierung die Kraft, um das in Trümmer gehende Gebäude zu halten und zu stützen. Darum haben wir das klägliche Schauspiel gehabt, daß alle Regierungsbehörden von der untersten bis zur obersten, daß die meisten militärischen Behörden versagten und zusammenklappten, und an dem einen Tage vor Spartakisten, in Posen vor den Polen und weiß Gott vor wem noch kapitulierten. Wir wollen diesen Zusammenhang nie und nimmer vergessen! Das mußte geschehen, weil der deutschen, der preussischen Regierung die moralische Unterstützung aus dem Volke fehlte, die moralische Unterstützung eines selbstbewußten, seiner Aufgabe bewußten Volkes, des deutschen Volkes. Warum mußte der Oberpräsident in Posen alles ausführen, was die Polen wollten? Warum konnte Herr von Gerlach, der Vertreter der deutschen Regierung in Posen nach der Revolution, erklären, er kann nur das gutheißen, was die Polen wollen? Warum mußte die sozialistische Regierung nachher in Berlin erklären, das, was in Posen geschieht, sei immer noch besser als manches andere. Das konnte geschehen, weil die Polen organisiert waren und der Regierung und allen ihren Vertretern ihren organisierten Willen diktieren konnten, während das Deutschtum nicht organisiert war und nicht imstande war zu sagen: „Wir wollen, daß Du das und das für das Deutschtum tust!“

Da gilt es, Wandel zu schaffen. — In letzter Stunde Wandel zu schaffen! Diese Stunde ist angebrochen! Jetzt, wo die Polen und Bolschewisten die Hand ausstrecken nach Posen, nach Ost- und Westpreußen und nach Schlesien, da gilt es noch einmal, daß das Deutschtum sich zusammenraffe und erkenne, was es für eine Kraft hat, wenn es einig und geschlossen ist.

Meine Damen und Herren! Was ich Ihnen predige ist nicht Revolution, sondern das ist Ausnutzung der Freiheit, das bleibende Gute, das uns die Revolution neben vielem vorübergehendem Schlechten gebracht hat. Denn die Revolution hat uns gebracht, daß jeder 20jährige, ob Mann oder Frau, gleich sei vor dem Gesetze. Sie hat uns das Recht gebracht, mitzuwirken an der Politik in einem Maße, das wir nötig haben, um uns zu behaupten, d. h. durch alle Organe der Öffentlichkeit frei unsere Meinung und unsern Willen zu äußern und zur Kenntnis der Regierung zu bringen. Denn nur wenn die Regierung zu jeder Stunde und genau weiß, was das Volk will, kann sie im Sinne des Volkes handeln. Da es aber unmöglich ist, daß jeder einzelne sich an die Regierung wendet, bedürfen wir der Organisation, des Zusammenschlusses, der Einigkeit, der Vereinigung des Volkes.

Hier im Osten, wo uns der äußere Feind in Gestalt der Polen, und der innere Feind in Gestalt der Anarchie, der Hungersnot, die uns droht, entgegengetreten ist, hier im Osten wird es uns leichter eine Basis zu finden, als in den Westgebieten, wo die Deutschen einander um wirtschaftliche Fragen die Köpfe einschlagen. Wir haben hier das deutsche Land gegen die Polen zu verteidigen. Wir können es nur verteidigen, wenn wir einig sind in dem Willen,

die Regierung zu zwingen, daß sie die Mittel zur Verfügung stelle, daß das Land verteidigt werde.

Meine Damen und Herren! Aus diesem Grunde fordere ich Sie heute auf, wie ich es das letzte Mal, nachdem Sie die deutsche Vereinigung hier ins Leben riefen, getan habe, bilden Sie heute für die Stadt Kafel und in den Orten der Nachbarschaft, soweit Sie hier vertreten sind, deutsche Volksräte. Der Name sagt es Ihnen. In Räten versammeln sich Männer und Frauen des Vertrauens aus allen Teilen der deutschen Bevölkerung. Es kommt nicht auf die Parteirichtung an, es kommt ausschließlich darauf an, ob der Mann oder die Frau, die Sie in den Volksrat hineinwählen, auch nach ihren moralischen Eigenschaften geeignet sind, die Interessen des Deutschtums zu vertreten. Es ist ganz gleichgültig, ob der Mann Sozialdemokrat ist, oder ein Konservativer oder ein Zentrumsfiskaler, oder Jude oder Christ, wenn er sich nur als Deutscher fühlt und als Deutscher bereit ist, alle Mittel anzuwenden, um die deutsche Erde, den deutschen Besitz zu verteidigen.

Ich muß hier zwei Worte über Parteien einfügen.

Meine Damen und Herren! Alle, die wir hier sind, ob Arbeiter oder Unternehmer, wir sind im Grunde unseres Herzens doch in erster Linie deutsch und ich glaube, daß jeder Arbeiter, der sozialdemokratisch gewählt hat, es mir höllisch übel nehmen würde, wenn ich an seiner guten deutschen Gefinnung zweifeln wollte. Und jeder Kaufmann, jeder große Kapitalist, der längst für die deutsche demokratische Partei gewählt hat, würde es mir ebenso übel nehmen, wenn ich ihm sagte, es mangelte ihm an nationalem Bewußtsein, lediglich weil er für diese Partei der großen internationalen Kapitalinteressen gestimmt hat.

Auf die Stellung des einzelnen zu bestimmten Parteien kommt es in unserm Zusammenhange nicht an, sondern darauf, wie das einzelne Parteiprogramm von unserm besonderen Dismarkenstandpunkt aus gewertet werden muß.

Unser Standpunkt muß demokratisch in dieses Wortes innerster Bedeutung, d. h. völkisch sein. Damit ist noch nicht gesagt, daß wir alles das anerkennen müssen, was uns von einzelnen Parteien, die das Wort Demokratie auf ihre Fahne geschrieben haben, als Demokratie vorgelegt wird. Wir wollen nicht um des Prinzips willen demokratisch sein, sondern wegen des Nutzens, den das Prinzip für das deutsche Volk bei weiser Anwendung mit sich bringt. Die moderne Demokratisierung des Staatslebens ist vielfach gleichbedeutend mit dessen stärkerer Zentralisierung nicht zum Segen, sondern zum Schaden des Volkes. Diese Zentralisierung kommt bei der Parlamentarisierung des politischen Lebens ebenso zum Ausdruck bei den Regierungsorganen wie in dem wachsenden Einfluß der politischen Parteien, die die Regierung zu bilden haben und die ihren Einfluß über die Zentralisierung hinweg tief einschneidend auf die Provinz ausdehnen. Früher konnte ein tüchtiger Staatsbeamter wenigstens bis zu einem gewissen Grade paritätisch die Interessen der Allgemeinheit gegenüber der Zentralregierung vertreten. Fortab ist er Höriger der gerade herrschenden Partei, wenn nicht eine um so feiner ausgebildete Selbstverwaltung Einfluß auf die örtlichen Regierungsorgane gewinnt. Es liegt im selbstsüchtigen Wesen der politischen Partei, daß sie alle Verhältnisse zunächst im Interesse ihrer selbst zu beeinflussen sucht. Ein starkes, aber auch nur ein starkes Königtum konnte die alten Parteien bis zu einem gewissen Grade im Zaume halten. Eine parlamentarische Regierung ist dazu nicht imstande, weil sie ja von der Gnade der Partei lebt. Der Kampf der Parteien um die Macht zwingt alle Parteien, bei sich auf die strengste Disziplin zu halten, was für uns draußen im Lande bedeutet, daß wir ohne zu murren

uns den Parteiparolen in Berlin bis zur nächsten Wahl unterwerfen müssen! Wie sehr unsere eigenen lokalen Interessen unter solcher Zentralisation leiden können, mögen Sie an dem Beispiel der Partei erkennen, die sich die deutschdemokratische nennt. Die hat ein großes und gewiß sehr schönes Ziel, den internationalen Verkehr hochzuhalten, das große internationale Geschäft hochzubringen, selbstverständlich zu Nutz und Frommen des Vaterlandes. Aber dieses große internationale Geschäft kann nur geführt werden von großen Kapitalien, von Riesenbanken, von den Riesenunternehmungen des Verkehrs, der Hapag, der Deutschen Bank usw. Herr Müller und Schulze kann darin nur als kärglich besoldeter Angestellter mitwirken. Es ist selbstverständlich: wenn heute die große Berliner Bankwelt mit ihren Milliarden mit Amerika und Frankreich, England und Rußland gute Geschäftsverbindungen unterhalten will, muß sie an anderen Stellen dafür Konzessionen machen. Ich erinnere Sie an das Wort, das der demokratische Parteigänger v. Gerlach, der Ministerialdirektor gesagt hat: Wir sind in erster Linie Demokraten. Wir sehen in erster Linie darauf, daß demokratisch Recht gegeben wird. Im übrigen, wenn die Polen bessere Politiker sind wie die Deutschen, dann sind sie es eben, dann haben sie das Recht über die Deutschen zu herrschen. Und ein anderer Angehöriger der Partei sagte: „Wir können uns doch nicht wegen der paar Tausend Ostmarkendeutschen unsere große Weltpolitik vermasseln lassen.“ Das sind einzelne Ausprüche, die bedeuten, daß zwar nicht der einzelne Angehörige, wohl aber, daß die Partei bereit ist, um die großen internationalen Interessen durchzusetzen, Konzessionen zu machen auf nationalem Gebiet. Ähnlich steht es mit der Sozialdemokratie. Wie Sie wissen, steht die Sozialdemokratie auf dem Boden: „Proletarier der Welt vereint euch.“ Sie wollen den Kampf führen gegen den Kapitalismus, gegen die bürgerliche Konstruktion des Wirtschaftslebens. Infolgedessen kommen sie ganz logisch dazu, daß sie sagen, uns sind die tausend Stimmen von Polen- und — Franzosenarbeitern wertvoller, als tausend Bürgerstimmen. Infolgedessen konnte auch in Bromberg gesagt werden, in Westpreußen ist es nachgewiesen und in Allenstein ist es durchgeführt worden, daß die Führer der Sozialdemokratie mit den Polen paktiert haben. Speziell für Allenstein liegen die Dokumente vor, daß die Führer der Sozialdemokratie in den dortigen A.- u. S.-Räten sich bereit erklärt haben, die großpolnischen Ansprüche für den Bezirk Allenstein anzuerkennen, sofern die polnischen Bewohner ihren Stimmzettel den sozialdemokratischen Kandidaten geben. Ich bin überzeugt, daß kein deutscher Arbeiter diesen Pakt gut heißen hätte, weil er weiß, daß er die Auslieferung der deutschen Arbeitsstellen an die Polen bedeutet. Sie sehen, wie über die Köpfe der Wähler hinweg von den großen Parteiorganisationen eine Politik gemacht werden kann, die durchaus nicht nach den Wünschen der Bevölkerung ist. Ich kann mir nicht denken, daß ein Arbeiter in Bromberg oder Rakel damit einverstanden wäre, daß wir hier, um ein paar sozialdemokratische Stimmen mehr zu bekommen, deutsche Interessen opfern. Denn wenn sie deutsche Interessen opfern, dann opfern sie auch Arbeiterinteressen und zwar deutsche Arbeiterinteressen, um einer Theorie, um einer Idee willen, die nur in fernster Zeit vielleicht einmal Wirklichkeit wird.

Wer Politik treiben will, muß mit der Wirklichkeit rechnen. Wir treiben nicht Politik, daß es nach tausend Jahren auf der Welt schöner werde, sondern damit es uns und unseren Kindern gut gehe. Weiter hinaus können wir nicht denken. Das ist praktische Politik und deswegen suchen Sie, wenn wieder einmal Wahlen ausgeschrieben werden, sich Rechenschaft zu geben, wie steht die Parteileitung, nicht nur der einzelne Kandidat, zu den lokalen Fragen, zu dem, was

Ihnen hier auf der Seele brennt und dazu gehört auch Ihr Verhältnis zur Polenfrage.

Wie stehen wir selbst zur Polenfrage?

Daß es eine Zeit geben wird wie die vor dem Kriege, in der die Polen anders behandelt werden durch das Gesetz wie die Deutschen, das scheint mir ausgeschlossen. Schon im vorigen Jahre hat der Minister des Innern Drews im Herrenhause gesagt: Nachdem die polnischen Soldaten an unserer Seite uns gegen die Welt von Feinden geholfen haben, wäre es eine Ungerechtheit, sie von der Ansiedlung in ihrer Heimat auszuschließen. Schon die alte Regierung war bereit, die Gesetze der Bodenpolitik, die die Polen hinderten in allen Gebieten Land zu erwerben, fallen zu lassen. Sie sollten uns gleich gestellt werden. Ferner war in Aussicht genommen, den Polen eine gewisse Autonomie in den Orten einzuräumen, wo sie die Oberhand hatten, also in Gebieten, wo 75 Prozent der Bewohner Polen sind. Da wollte man dazu kommen, daß der Oberbürgermeister und der Landrat aus polnischen Kreisen genommen würden. Es war also der Versuch eines friedlichen Zusammenlebens zwischen den Polen und Deutschen eingeleitet. Damals haben die beiden Vertreter der Polen im Abgeordnetenhaus Trampczynski und Korfanty gesagt: das genügt uns nicht, wir danken für diese Geschenke, wir verlangen ganz etwas anderes. Einige Monate später ist dann von der polnischen Presse verkündet worden, daß sie den Zusammenschluß der gesamten Gebiete der Ostmark, eines großen Teils von Ostpreußen, Posen und Oberschlesien mit Russisch-Polen und Galizien verlangt, und deren Lostrennung vom Deutschen Reiche. Die Polen haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn nach einem solchen Kriege würde sich ein besiegtes deutsches Volk diese Amputation ebenso wenig gefallen lassen wie ein siegreiches. Auch die Entente, mit Ausnahme Frankreichs, denkt nicht daran, den Polen heute das Gebiet, das sie beanspruchen, zu geben. Präsident Wilson hat in seiner berühmten Rede, in seinen vierzehn Punkten ausdrücklich gesagt, daß nur unzweifelhaft polnisches Land zu einem Staat zusammengefügt werden möge, er hat nicht gesagt, daß es gemacht werden müsse, sondern man sollte es ins Auge fassen. Man sollte es versuchen möglich zu machen. Punkt 13 des Wilsonschen Friedensprogramms vom 8. Januar 1918 lautet:

„Ein unabhängiger polnischer Staat, der die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnten Länder umfassen sollte, der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßte, sollte errichtet werden.“

Und dann hat Wilson seine Worte erklärt und hat gesagt, es käme auch darauf an, wer die Kultur ins Land getragen hat und in welchen kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhängen das Land zu den Nachbargebieten steht. In Wilsons Erläuterungen zu seinem Friedensprogramm vom 12. Februar 1918 heißt es:

„2. Es wird gefordert, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herungeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelt, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist; daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als ein Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß.“

Nun, meine Damen und Herren, die Kultur, die Arbeit, die wirtschaftliche Erschließung der Provinz Posen, Westpreußen und Oberschlesien ist deutsches

Werk. Selbst die ersten Geistlichen, die hierher gekommen sind, die das katholische Christentum hierher getragen haben, das waren deutsche Mönche. Den Negedistrikt urbar gemacht, die Sümpfe, die von der Eisenbahn bis weit an die Berge südlich gingen, trocken gelegt und in ein fruchtbares Land umgewandelt, das haben wir gemacht, das haben die deutschen Kolonisten, das haben Ihre Väter und Großväter gemacht. Die Kanäle hat der große König Friedrich der Zweite angelegt, die ganzen Eisenbahnanlagen, das Genossenschaftswesen und Schulwesen, unsere wunderbare Eisenbahn, unsere wunderbare Post, unser wundervolles Gericht, wer hat das gemacht? Das ist deutsche Arbeit, deutscher Geist, deutscher Fleiß, das ist nicht polnische Kultur. Die polnische Kultur können Sie sehen in Galizien. Da hat der Pole sich frei entwickelt. Wer von Ihnen in Galizien gewesen ist, und viele Tausende von uns haben das Land kennen gelernt, der wird es mir bestätigen, daß es da verflucht anders aussieht als bei uns. Dort war das polnische Volk frei. Da war keine russische Herrschaft, sondern da war polnische Herrschaft; sie hat dort nichts zuwege gebracht. Sie hat den polnischen Bauern unterdrückt. Wir haben in Posen auf zehntausend Seelen einen Analphabeten, in Galizien gibt es auf hundert Seelen einige vierzig. Das ist polnische Wirtschaft und das ist deutsche Kultur. Es wird gesagt, wir hätten die Polen hier schlecht behandelt und unterdrückt. Ich leugne es gar nicht; wir, d. h. die preußische Regierung, hätte in manchen Dingen glimpflicher mit den Polen umspringen können, aber nur mit den Polen allein? Haben Sie, haben wir nicht alle unter dem Zentralismus und Bureaokratismus und zuletzt unter der Kriegswirtschaft gelitten? Gewiß, wir sind auch harte Herren gewesen, wir haben eine harte Faust, aber wir haben sie reich gemacht, wir haben sie befähigt, sich diese Organisation zu schaffen, die wir jetzt an ihnen bewundern müssen, die nationale. Wir haben ihnen einen Mittelstand geschaffen durch Schulzwang und einen glänzenden Aufstieg in der Wirtschaft. Wenn Sie nach Warschau gehen, werden Sie in bürgerlichen Familien fast nur deutsche und jüdische Namen finden und kaum einen Polen. In Preußisch-Polen sehen Sie die Entwicklung, die der preußische Staat den Polen gegeben hat. Sie ist so außerordentlich, daß die Polen sich, gestützt auf sie, stark genug fühlen, uns aus dem eigenen Lande zu jagen. Wir brauchen uns nichts vorzuwerfen und nichts vorwerfen zu lassen. Sind wir hart gewesen, so waren wir auch treu und ehrlich und wollen es auch weiterhin bleiben.

Der Pole wird indessen in diesem Augenblick kaum dazu gezwungen werden können, eine besondere Achtung vor uns an den Tag zu legen. Das, was um uns her vorgeht, die Streiks im ganzen deutschen Reich, diese Unbändigkeit in einzelnen Gebieten, diese Selbstherrlichkeit und die Schwäche andererseits der Regierungsorgane, die machen ein so klägliches Bild, daß man wirklich niemanden veranlassen kann, davor Achtung zu haben. Die Achtung können nur Sie ihm beibringen im Laufe der Zeit durch eine entsprechende Organisation, durch Zusammenschluß und durch Arbeit am Volk. Werfen Sie die kulturlosen Schlacken des Sozialismus, vor allen Dingen den Internationalismus zur Tür hinaus und begnügen Sie sich mit dem Edlen und Guten, was er enthält. — Erinnern Sie sich, daß Sie alle Deutsche sind, Sie alle: die Arbeiter, mittleren und hohen Beamten, Bauern und Majoratsbesitzer und daß Sie Rechte an einander haben und Pflichten!

Hier in der Provinz Posen haben wir zwei große Aufgaben, die über den Augenblick hinaus Sie alle beschäftigen werden. Die eine Aufgabe, die sich uns allen täglich entgegendrängt, das ist die Wiederherstellung einer ge-

sitteten Jugend. Meine Damen und Herren! Schütteln Sie nicht den Kopf, erinnern Sie sich der Väter und Mütter, die ihre Söhne mit sechszehneinhalb oder siebzehn Jahren vor fünf Jahren haben in den Krieg ziehen lassen. Es ist dies ein Alter, wo man sonst den jungen Mann in eine sehr sorgfältig ausgesuchte Lehre schickt, in einen besonderen Vertrauenskreis, weil es die Zeit der Charakterbildung ist. Diese Zeit ist maßgebend für die ganze Entwicklung des Menschen, für das ganze Leben. Jeder Vater und jede Mutter werden mir dies bestätigen. Und, meine Damen und Herren, der Krieg ist kein guter Jugenderzieher, er ist ein Zerstörer, ein Erpresser und Vernichter an aller Menschlichkeit. Er demoralisiert nicht nur die Jugend, sondern auch die Alten. Wenn heute unsere Armee nichts ist, und wenn die jungen Leute, die heute den Soldatenrock tragen, zum großen Teil kein Pflichtbewußtsein haben und nicht wissen, was sie dem Vaterlande und ihrer engsten Heimat schulden, so ist daran die Demoralisierung schuld, die der Krieg gebracht hat. Wenn wir ein gesundes Vaterland haben wollen, so gehört dazu, daß sich die Väter und Mütter zusammensetzen in einen Kreis und ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit besprechen, was mache ich mit meinem Jungen? Wie kann ich dem Jungen helfen? Und es gibt Mittel, der Jugend zu helfen. Wir haben den Ausbau der Schulen, wir haben die Elternräte bei den Schulen, wo die Magister zu Räte gezogen werden können. Wir haben die Arbeit überhaupt in der Provinz, in lokalen Verhältnissen und wir haben auch das gute Beispiel untereinander. Das kann Ihnen keine Parteiorganisation bringen, kein noch so fein arbeitender bürokratischer Apparat, keine noch so fein ausgebildete Technik, — das können nur Sie selbst, jeder einzelne für sich und alle zusammen an einem Ort! Das ist eine Aufgabe, die Sie im Rahmen der deutschen Vereinigung zu leisten haben und die Sie mit Hilfe der Volksräte erfüllen können.

Die zweite Aufgabe ist mehr wirtschaftlicher, sozialer Natur. Das ist die Frage der Landversorgung unserer Leute, die besonders jetzt nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch brotlos umherirren werden und keine Beschäftigung finden. Wir müssen verhindern, daß Hunderttausende von Männern den Wandersstab ergreifen und nach Amerika und Sibirien auswandern, um dort als Kulturfolger für fremde Nationen zu dienen, die unsere Kinder alsdann wieder überfallen, wenn sie sich wie wir hoffen, von den Nöten der Jetztzeit erst eben erholt haben werden. Schon jetzt werben die Japaner für großes Geld unter den Marineoffizieren und Mannschaften an, und versuchen Menschen hinüber nach Japan zu reiten, um sich dort eine Marine nach deutschem Muster zu schaffen, wie wir sie vor dem Kriege hatten. Das sind Gefahren, die uns drohen, und die kann keine Regierung und kein Parteidement heben, sondern nur das Volk in seiner Gesamtheit. Die innere Kolonisation, die Beschränkung des Großgrundbesitzes auf ein Maß, wie es volkswirtschaftlich notwendig ist, das ist eine der brennendsten Aufgaben, die jetzt zu erfüllen ist. Nun wird von Fanatikern gepredigt, daß es von Ostpreußen bis nach Oberschlesien kein Gut über tausend Morgen geben dürfe. Es gibt Gegenden, wo ein Gut unter tausend Morgen überhaupt nicht ertragsfähig ist, das weiß jeder Landwirt! Es gibt Produktionsgebiete für Getreide, Kartoffeln, Rüben, wo wir beim Grundbesitz von fünftausend Morgen unbedingt festhalten müssen, wenn unsere Volksgenossen in der Industrie und im Handel nicht verhungern sollen. Denn die Bauernwirtschaft, mag sie noch so Gutes leisten, kann uns nicht die Menge des Getreides produzieren, die das deutsche Volk braucht. Wenn Sie an die Verkleinerung der Güter herangehen, dürfen Sie nicht ausgehen von dem Gesichtspunkte, hier ist ein Gut von zehntausend Morgen, das schlagen wir kaputt, eben weil es so

groß ist. Nein! wir sehen uns den Mann an, der das Gut bewirtschaftet. Und ist dies ein Kerl, der auf seinem Posten steht, der die Kraft und den Geist und die Energie hat, aus diesen zehntausend Morgen das Beste herauszuholen, was für die Gesamtheit daraus zu holen ist, dann mag er sie behalten. Hat aber einer ein solches Gut und macht daraus Fasanenzüchtereien und Engländerparks und läßt sie verwildern, oder ist er unfähig, seine Kartoffeln im Herbst rechtzeitig herauszubringen, dann ist er eben unfähig, dieses Gut zu bewirtschaften, dann muß er fort und darf durch kein Sondergesetz an der Scholle gehalten werden, während Hunderttausende mit ihren Kräften brach liegen oder genötigt sind, in die gräßlichen Großstädte zu ziehen. Das Gut mag an tüchtige Bauern aufgeteilt werden, besser heute, wie morgen. Die Arbeit soll den Mann ehren, nicht der ererbte Besitz! Kleinfiedelungen müssen wir haben. Wir müssen danach trachten, daß eine große Anzahl von Gütern zerkleinert wird, aber wir wollen keinen Unsinn machen und keine Güter zerbrechen wegen einer Theorie. Eine vorsichtige Ueberführung aus der großen Wirtschaft in die häuerliche Wirtschaft, das ist der Weg, der allein uns ermöglicht, die Wirtschaft einigermaßen aufrecht zu erhalten. Und eine solche Arbeit kann wiederum nicht die Zentrale allein leisten. Wir haben das hier in der Provinz Posen gesehen, wie eine Zentrale durch Gesetze, die sie in Berlin gemacht haben, schädlich auf die Provinz wirken kann, auf die Stimmung in der Provinz, wie sie gewisse Zustände, die sie besser machen will, verdirbt. Wenn es möglich gewesen wäre, vor dem Kriege die Ansiedlungspolitik, die die Ansiedlungskommission hier getrieben hat, in einzelnen Kreisen zu betreiben und angepaßt an die einzelnen Berufskreise, es wäre nicht soviel Erbitterung gegen die Ansiedlungspolitik aufgekomen. Und das können und müssen wir jetzt wieder gut machen. Sie müssen sich in den Deutschen Volksräten, wo Gutsbesitzer, die Grundbesitz abgeben sollen, und Bauern und Arbeiter, die das Land haben sollen, zusammenfinden und über die Frage mal von allen Seiten reden können. Da werden Sie auch den richtigen Weg finden, ohne große Vergehen gegen die Stimmung und ohne Unrecht gegen den Betroffenen das erreichen, der am besten ist für die Bewohner Ihres Kreises. Selbstverwaltung! Selbstbestimmungsrecht gegen Zentralisation!

Diese beiden großen Aufgaben, die Sie hinausführen sollen aus der heutigen Misere, die Ertüchtigung der Jugend zu dem Hochstande, auf dem die Jünglinge standen, deren Leichen heute die Gefilde halb Europas decken, und die innere Kolonisation, das werden die beiden großen Aufgaben sein, die Sie als Deutsche Vereinigung in den Volksräten zu betreiben haben. Das sind die großen Aufgaben des Friedens. Ehe wir an sie mit aller Kraft herantreten können, müssen wir Frieden und eine gewisse Ordnung haben. Beides fehlt. Jetzt gilt es erst, das Land zu befreien, frei zu machen von den Folgen des Umsturzes und der polnischen Revolution, und da empfehle ich, wer heute noch eine Flinte tragen kann, der gehe und stelle sich zur Verfügung, damit bis zum Beginn der Ackerbestellung die Posener Lande frei sind. Schließen Sie sich zusammen, wie Sie das an vielen Orten schon getan haben in den Volkswehren und jagen Sie unsere Feinde, mögen es polnische oder deutsche Ruhestörer und Bolschewisten sein, aus dem Lande. Sie werden die Organisation auch brauchen, wenn aus den großen Städten, wo die Hungersnot vor der Tür steht, hungernde Leute das Land überschwemmen werden. Achten Sie darauf, wie die polnische Geißlichkeit systematisch alle Polen aus den westlichen Industriegebieten hier in den Osten zieht. In einigen Wochen werden wir eine Invasion auf dem Lande von allen möglichen Elementen

zu erwarten haben, die aus dem Westen kommen und nichts zu essen haben. Auch dagegen müssen wir gesichert sein. Wir müssen sie beschäftigen können und sie zur Arbeit zwingen. Wer nicht arbeiten will, bekommt auch nichts zu essen. Um sie zur Arbeit zu zwingen, müssen sie auch die Gelegenheit haben und die Gelegenheit können jene nur geben, wenn sie einig sind unter einander. Unterschätzen Sie diese Frage nicht, sondern überlegen Sie sich, was das bedeutet, wenn hier auf einmal die Stadt von 2—300 oder gar 1000 hungernden Arbeitern überschwemmt ist. Dagegen können Sie sich nur schützen, wenn Sie sich vereinigen, wenn Sie einander Hilfe leisten. Aber mit der Abwehr zugleich sorgen Sie für Arbeitsgelegenheit, sei es Wegebau oder andere Arbeiten, die zu verrichten sind. Aber ziehen Sie sich hier kein Bettelproletariat heran. Wenn der Arbeiter ebenso denkt wie der große Unternehmer, wo sie alle einig sind, daß das deutsche Volk erst einmal gesund gemacht werden muß, dann brauchen wir auch keine Bange für unsere Zukunft zu haben.

Damit komme ich zum Schluß, zu den eigentlichen Organisationsvorschlägen. Die Deutsche Vereinigung ist kein Verein im Sinne des Gesetzes, es soll auch kein Stammtischklub werden. Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht, daß das Ergebnis meiner Rede das Aufblühen von zwanzig Stammtischen in Ratel wäre, dann wäre ich furchtbar hereingefallen! Nein, ich möchte sagen, daß die zwanzig in Ratel etwa vorhandenen Stammtische sich vereinigen mögen und aufgehen in dem einen großen Becken eben der Deutschen Vereinigung. Jeder Deutsche über 18 Jahre gehört dazu und fühle sich berufen mitzuarbeiten. Die Arbeit soll derart erfolgen, daß Sie hier aus Ihrer Mitte heute für Ratel, nur für Ratel, nicht für die Nachbarorte, einen Volksrat wählen. Es ist bereits ein Arbeitsauschuß vorhanden, der die Vorbereitungen für den Volksrat und für diese Versammlung getroffen hat. Dieser Volksrat muß sich zusammensetzen aus allen Teilen der Bevölkerung: da muß der Mühlenbesitzer sein, da muß der Bankier sein, da muß der Arbeiter von der Eisenbahn sein, da muß der Beamte von der Post sein, der Lehrer, da müssen die Frauen und die Mädchen vertreten sein. Ich glaube nach der Entwicklung von Ratel, die ja ziemlich lebhaft gewesen ist, werden Sie hier etwa 15—20 Personen brauchen, die den Volksrat Ratel bilden. Dieser Volksrat Ratel wird sich einen Obmann wählen und dieser Obmann wird sich einen Arbeitsauschuß nehmen, der die laufenden Geschäfte erledigt. Neben Ratel bitte ich die Herrn vom Lande, daß in allen Ortschaften, wo rein bäuerlicher Besitz ist, solche Volksräte gebildet werden aus 3—5 Personen und meine Damen und Herren, wie ich schon das letzte Mal sagte, nehmen Sie nicht nur die alten bewährten Herren dort hinein und lassen Sie von denen die Geschäfte wieder führen, sondern nehmen Sie neben einem erfahrenen Politiker und Führer auch junges Volk hinein, unsere jungen Leute, damit sich die Jugend daran gewöhnt, eine feste politische Arbeit für die Allgemeinheit zu treiben. Lernen Sie in dieser Beziehung von der deutschen Arbeiterschaft, von den Gewerkschaften mit ihrem Vertrauensmännersystem. Nehmen Sie die Frauen herein. Stellen Sie sich nicht auf den Standpunkt, daß die Frauen doch nichts verstehen. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß viele sehr große Politiker nur durch ihre Frauen so große Politiker geworden sind. Also nutzen Sie den gesunden Sinn der Frau aus und nehmen sie auch die Töchter hinzu. Das junge Mädchen über 18 Jahre braucht ja gerade nicht gleich Obmann zu werden. Sie soll mitarbeiten, den ganzen Betrieb der Politik kennen zu lernen. Nehmen Sie schließlich neben dem Bauern auch den Landarbeiter hinein, auch die Arbeiterin, die landwirtschaftlichen Beamten.

Wo Güter neben dem Dorfe sind oder wo Dörfer zu Gutsbezirken gehören, gehört auch eine Vertretung des Großgrundbesitzes hinein. Mit einem Wort: in den deutschen Volksräte müssen alle Interessen der deutschen Bevölkerung vertreten sein. Ich bitte Sie, wenn Sie die Gründung in den einzelnen Ortschaften vorgenommen haben, dieses an den Obmann des Volksrates in Kafel mitzuteilen, der dann das Weitere an die Zentrale in Bromberg leiten wird. Es wird dann in der nächsten Zeit eine Delegiertenversammlung für den Kreis Wirß zusammen gerufen. Diese Delegiertenversammlung wird den Volksrat für den Kreis Wirß zu wählen haben. Aus den Volksräten der 12 Kreise des Negebistrikts wird dann der Bezirksvolksrat des Negebistrikts zusammentreten in einer Delegiertenversammlung von auch annähernd 100 bis 150 Personen und die werden in Bromberg zusammentreten und so werden wir in einer Pyramide aufgebaut, heraus aus den breiten Schichten des Volkes bis hinauf zur obersten Stelle einer Selbstverwaltung, einer deutschen Selbstverwaltung, die neben der polnischen befähigt ist, der Regierung, die ja auch unparteiisch sein muß, unsern Willen aufzuzwingen und sie zu instruieren, das Interesse des Deutschtums auch nachdrücklich zu vertreten. Es darf nicht wieder vorkommen, daß einfach die polnischen Volksräte die deutsche Regierung überzumpeln und kein Deutschtum vorhanden ist, das diese Regierung stützt. Wir brauchen die deutschen Volksräte, um die Bureaucratie stark zu machen im deutschen Sinne. Meine Damen und Herren! In wenigen Monaten wird sich vielleicht auch der Friede über Europa senken, wenn wir dann bei den Friedensverhandlungen auftreten können mit 3000 deutschen Volksräten aus der Provinz Posen und ebenso vielen aus der Provinz Westpreußen, dann werden die Herren an dem grünen Tischen in Paris doch merken, daß hier auch Deutsche sind in der Provinz und daß es nicht nur Polen gibt. Denn das ist das einzige Bild, das die Leute davon haben, daß sie sich einbilden, eine deutsche Minderheit säße hier und bedrücke die Polen. Wir werden durch unsere großen Volksräte zeigen, daß wir 850 000 Deutsche in der Provinz Posen sind, die ihr Recht verlangen und daß es unmöglich ist, den Weltfrieden anzubahnen, wenn das Deutschtum in der Ostmark unterliegt. Dann werden wir auch ganz im Sinne Wilsons dafür sorgen können, „daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden“. Meine Damen und Herren! Wer sein Recht haben will, muß auch den Mut haben, sein Recht zu fordern und zu betonen nach innen und außen. Und deshalb nochmal, meine Damen und Herren:

„Gründen Sie deutsche Volksräte!“

